



## Medienmitteilung

Datum: 9. Februar 2012 – Nr. 11  
Sperrfrist: keine

---

### **Bevölkerungsschutz und Zivilschutz: Stellungnahme**

**Der Regierungsrat nimmt Stellung zum Bericht des Bundesrates zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ und erachtet diesen als eine differenzierte Betrachtung der aktuellen Gegebenheiten und Probleme sowie als ausgewogene Darstellung möglicher zukünftiger Entwicklungen in den Bereichen Bevölkerungsschutz und Zivilschutz.**

Ziel der Strategie ist es einerseits, den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz für die Zeit nach 2015 so weiterzuentwickeln und anzupassen, damit die primäre Aufgabe – die Bewältigung von technik- und naturbedingten Katastrophen und Notlagen – noch effizienter und wirksamer wahrgenommen werden kann. Andererseits soll eine neue, solide Grundlage geschaffen werden, um die Interessen und Bedürfnisse von Bund und Kantonen soweit wie möglich in Einklang zu bringen.

Der Regierungsrat hält es unter anderem für grundsätzlich richtig, eine Neuordnung des Dienstpflichtsystems zu prüfen. Das heutige System Wehrpflicht habe insbesondere den Mangel, dass nur diejenigen Personen Zivilschutz leisten dürften, die nicht militärdiensttauglich seien. Militärdiensttaugliche Personen, die wegen Gewissenskonflikten keinen Militärdienst leisten könnten, sei nur der Wechsel in den Zivildienst möglich, auch wenn sie gerne Schutzdienst leisten würden. Bei der zukünftigen Ausgestaltung des Dienstpflichtsystems müsse die Durchlässigkeit zwischen dem Militärdienst und einem allenfalls neu ausgestalteten Schutzdienst sichergestellt werden, wobei der Armee weiterhin Priorität zuzumessen sei.

In Anbetracht der Bedrohungslage und der realen Bedürfnisse des Zivilschutzes erachtet der Regierungsrat die heutigen Bestände insgesamt als zu hoch. Sie sollten deshalb reduziert werden, indem das Dienstalder gesenkt und jenem in der Armee angepasst werde und insbesondere auch die Reservisten abgeschafft würden. Es sei jedoch zu berücksichtigen, dass insbesondere in kleineren Kantonen ein Minimalbestand sichergestellt bleibe, damit der Zivilschutz seinen Leistungsauftrag noch erfüllen könne.

Ablehnend steht der Regierungsrat der vorgesehenen Bildung von weitergehenden interkantonalen Zivilschutz-Stützpunkten gegenüber. Mit zusätzlichen interkantonalen Zivilschutz-Stützpunkten würde innerhalb des Zivilschutzes ein Zweiklassensystem geschaffen.

Für die Weiterbearbeitung und Umsetzung der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivildschutz 2015+ ist nach Verabschiedung des Berichts je eine Projektgruppe zur Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes und des Zivildschutzes sowie eine Studiengruppe zum Dienstpflichtsystem geplant. Die Einsetzung einer separaten Studiengruppe für die Prüfung eines neuen Dienstpflichtsystems erachtet der Regierungsrat als richtig. Es sei aber unabdingbar, dass die Kantone nicht nur bei den Projektgruppen Bevölkerungsschutz und Zivildschutz, sondern auch in der Studiengruppe Dienstsystem in geeigneter Form einbezogen würden.